



Ernst Barlach, Der Buchleser

Zum Jahreswechsel

Wie konnte es so weit kommen?

I.

Was ist geschehen?

Vor 80 Jahren ist der größte Krieg der Weltgeschichte mit zig Millionen Opfern zu Ende gegangen. In Potsdam trafen sich schon im Juli **1945** Harry S. *Truman*, Josef *Stalin* und Winston *Churchill*, um die Rechte der Siegermächte zu regeln und über die Zukunft des besiegten Deutschlands zu beraten. Die UdSSR, die USA, Großbritannien und Frankreich teilten Deutschland und die Stadt Berlin in Besatzungszonen auf. Am 24. Oktober wurden die Vereinten Nationen gegründet. Sie sollten die Wiederholung der Katastrophe des zweiten Weltkrieges durch eine Verständigung aller Nationen auf dauerhaften Frieden und eine wertebasierte internationale Politik verhindern. In Nürnberg wurden noch im November 1945 der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher eröffnet. In den deutschen Städten begannen die Bürger in den Ruinen mit der Räumung von Schutt und Asche.

Mit der Berlinblockade von **1948** begann ein jahrzehntelanger kalter Krieg zwischen Ost und West. **1949** wurden die NATO, die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche demokratische Republik gegründet. Der erste Krieg mit Beteiligung der ehemaligen Alliierten nach 1945 brach am 25. Juni **1950** in Korea aus. Südkorea wurde von den USA, Nordkorea von der UdSSR und der VR China unterstützt – der erste Beweis, dass die Allianz der Weltkriegsmächte USA und UdSSR zu Ende war.

Was nach dem Bau der Mauer in Berlin **1961**, der Errichtung des Eisernen Vorhangs zwischen Ost und West und 40 Jahren DDR und deutscher Teilung niemand mehr für möglich gehalten hatte, trat **1989** ein. Die Mauer fiel, und Deutschland wurde **1990** wieder vereinigt. Der damalige Präsident der UdSSR *Gorbatschow* hatte ab 1985 mit seinen Ideen von *Glasnost* („Offenheit und Transparenz“) und *Perestroika* („Umgestaltung“) schließlich **1991** die UdSSR an ihr Ende geführt.

Viele kluge Menschen hielten damals dies für „das Ende der Geschichte“ (*Francis Fukuyama*), weil die Idee der liberalen Demokratie des Westens einen endgültigen Sieg über die kommunistische Idee errungen zu haben schien. Letztlich uns schien tatsächlich nur noch ein „Kampf der Kulturen“ (*Samuel P. Huntington*) zu beschäftigen. Die Hoffnung, dass die kommunistisch geprägten Staaten sich dieser Ordnung anschließen würden, war naiv, groß und falsch.

Viele haben davor gewarnt, anzunehmen, dass nun der ewige Frieden eingetreten ist – auch ich. Denn der Westen hatte zwar seinen Feind verloren, aber neue Bedrohungen von Sicherheit und Frieden wurden größer und stärker: internationale organisierte Kriminalität und Terror. Dann begann der islamistische Terror verschiedener Ausprägungen die Welt zu erschüttern mit dem Höhepunkt am 11. September **2001** in New York.

Am 25. September **2001** hielt der russische Präsident *Wladimir Putin* in Berlin eine Rede vor Bundestag und Bundesrat, in der er eine „Einheit der europäischen Kultur“ feststellte,

behauptete, „*der Geist der Ideen der Demokratie und der Freiheit habe die überwiegende Mehrheit der russischen Bürger ergriffen*“ und die europäische Integration würde durch Russland unterstützt. Russland sei ein „*freundlich gesinnten europäisches Land*“, dessen Hauptziel „*der stabile Frieden auf dem Kontinent*“ sei. Er stellte Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit für sein Land in Aussicht und propagierte die friedliche Zusammenarbeit mit dem Westen. Die deutschen Medien und die Politik waren begeistert und – beruhigt.

Dies sollte sich wenige Jahre später, nach einer weiteren Rede in Deutschland, bei der Münchner Sicherheitskonferenz am 10. Februar **2007**, als eine Täuschung herausstellen. *Putin* legte damals seine Karten offen auf den Tisch: Die Ablehnung einer „unipolaren Weltordnung“, Kritik an der Osterweiterung der NATO und einer zu engen politischen Anlehnung der EU an die USA.

Russland führte zwischen 1994 und 1996 und von 1999 bis 2009 Kriege in Tschetschenien, von 1979 bis 1989 Krieg in Afghanistan und griff im August 2008 Georgien an. Im Jahr **2014** annektierte *Putin* die Krim... Am 24. Februar **2022** begann *Putin* den Angriff auf die Ukraine, der fast zum Fall von Kiew geführt hätte, letztlich aber durch die Widerstandskraft der ukrainischen Bevölkerung verhindert werden konnte.

Der 47. Präsident der Vereinigten Staaten hat mit seiner zweiten Amtszeit am 20. Januar **2025** die grundlegende Veränderung der Gesellschaft in den USA und der internationalen Beziehungen seines Landes nach seinem Programm „*America first!*“ begonnen. Sein Bekenntnis zu EU und NATO ist unklar. Sein Verhältnis zu Russland und der Ukraine volatil.

II.

Die Lage

Die **weltpolitische Lage** ist nach einer kurzen Phase globaler Zusammenarbeit in vielen wichtigen Menschheitsfragen, wie Ökonomie, Klimaschutz, Bekämpfung von Hunger und Krankheiten, Achtung der territorialen Integrität von Staaten und Eindämmung von Fluchtursachen auf unserem Planeten, in einen Zustand des globalen Misstrauens, der Dominanz der nationalen Interessen um fast jeden Preis und der Infragestellung von nationaler Souveränität und des Wertes internationaler Zusammenarbeit umgeschlagen.

Diese Entwicklung ist seit Jahren mit einer Erosion des Wertes der Wahrheit und der Wahrhaftigkeit im internationalen und nationalen Umgang miteinander verbunden. „*Die Lüge ist zurück. Mit Macht. Als Macht*“. Wie sie die Demokratie zerstört – und wer sich dagegen wehrt, schildern Roman *Deininger* und Kai *Strittmatter*¹.

Dies gilt vor allem für die großen weltpolitischen Akteure, wie USA und die Volksrepublik China und die selbst ernannte „Weltmacht“ Russland. Sie bilden den Kern einer „Achse der Autokraten“ (Anne *Appelbaum*), der zumindest der Iran, aber auch Indien und die Türkei und einige Staaten in Asien und Mittel- und Südamerika zugeordnet werden müssen.

¹ SZ Nr. 228 vom 4./5. 10. 2025, S. 13ff.

Mit Blick auf die USA hat Anna Sauerbrey 2024 die schon damals kaum mehr provozierende Frage gestellt, ob *Trump* Amerikas Demokratie zerschlägt². Das jetzt zu Ende gegangene Jahr hat eine klare Antwort gegeben. Und ihre Beobachtungen seiner Außenpolitik im Februar dieses Jahres sind von der Realität bestätigt worden: „*Trump will, dass das Recht des Stärkeren wieder gilt... Und je mehr Europa stört, desto lauter wird es zum Feind erklärt... Die USA verabschieden sich rasend schnell von den Werten des Westens*“³. Mit der Entführung des Präsidenten von Venezuela setzt sich *Trump* an die Spitze der Achse der Autokraten. Daran ändert die berechtigte Frage nichts, ob *Maduro* der legitime Präsident seines Landes ist.

Die Weltordnung ist in Unordnung geraten, sie ist aus den Fugen. Ihre bisherige Basis, die Charta der Vereinten Nationen, verliert immer mehr an Akzeptanz, weil ihre Mitglieder die dort verankerten Werte, Verpflichtungen und Ziele höchst unterschiedlich definieren, interpretieren und in ihrem konkreten politischen Handeln relativieren. Dies gilt vor allem für die Verpflichtungen,

- Verträge und andere Quellen des Völkerrechts zu achten (Präambel),
- die Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates zu unterlassen (Art. 2 Nr. 4),
- den Weltfrieden, die internationale Sicherheit und Gerechtigkeit nicht zu gefährden (Art. 2 Nr. 3) und
- Waffengewalt nur noch im gemeinsamen Interesse anzuwenden (Präambel).

So entstehen heute die „Weltlage“ und die „Weltgeschichte“ nicht mehr als Resultante der Politik einer oder mehrerer Großmächte, sondern als das Ergebnis egozentrischer, oft gewalttätiger Politik unzähliger Staaten, Nationen und Regionen auf dieser Erde.

Das hat zu weltweit derzeit fast 30 Kriegen und bewaffneten Konflikten geführt. Die Zahl der Flüchtlinge ist weltweit auf über eine Million Menschen gestiegen. Über 800 Millionen Menschen müssen Hunger leiden. Aber die Vereinten Nationen werden dem so lange erfolglos gegenüberstehen, solange die Blockade wirklich konfliktvermeidender gemeinsamer Aktionen durch die Veto-Mächte möglich ist und einige der bisherigen Hauptgeldgeber die Hilfsorganisationen der UN finanziell austrocknen.

Die **Lage der Europäischen Union** wird natürlich durch die globalen Entwicklungen entscheidend beeinflusst, aber letztlich durch die eigene Verfasstheit und die eigene Politik bestimmt. Die Präsidentin der Europäischen Kommission hat dies in ihrem Lagebericht vom 10. September 2025 zutreffend beschrieben:

„Die Welt von heute ist gnadenlos ... Europa kämpft – für einen unversehrten Kontinent in Frieden. Für ein freies und unabhängiges Europa ... für unsere Werte und unsere Demokratien ... Dies ist ein Kampf um unsere Zukunft.“ Es ist *„kein Platz und keine Zeit mehr für Nostalgie“* ... Deshalb *„muss ein neues Europa entstehen“*. Dieses „neue Europa“ muss fähig sein, *„unsere Verteidigung und Sicherheit selbst in die Hand zu nehmen, ... die Kontrolle über die Technologien und Energieträger zu haben“*.

² Die Zeit Nr. 1 vom 31. 12. 2024, S. 2.

³ Die Zeit Nr. 9 vom 27. 2. 2025, S. 1.

Manche Kritiker der EU werden einwenden, dass dies im Rahmen der geltenden Verträge und der gegenwärtigen „Befindlichkeit“ im Rat der EU nicht möglich sein wird. Aber dies ist falsch. Die EU hat seit ihrer Gründung bewiesen, dass sie die einzige supranationale Gemeinschaft ist, die es immer wieder schafft, einen Konsens, zumindest aber einen tragfähigen Kompromiss zwischen ihren 27 Mitglieder zur Lösung der schwierigsten Probleme zu finden.

Aber es ist zuzugeben, dass die Selbsteinschätzung der EU, was ihre Beiträge zur Lösung globaler Probleme angeht, zu bescheiden und auch deshalb die Wertschätzung Dritter in diesem Bereich zurückhaltend ist.

Die Lage in Deutschland, dem größten und wirtschaftlich stärksten Mitgliedstaat der Europäischen Union und der noch immer drittgrößten Volkswirtschaft der Welt, ist entscheidend bestimmt durch die globalen und europäischen Rahmenbedingungen und eigenes Tun und Unterlassen.

Auch im europäischen Musterland der Demokratie hat die latente Perversion dieser Staatsform längst begonnen. Teile des politischen Prozesses verdecken ihre wahren politischen Ziele mit vermeintlich guten Absichten und stellen diese als Endlosschleife in die sozialen Medien ein. So wurde die Verweigerung des im Freiheitskampf der Ukraine militärisch Notwendigen als „Besonnenheit“ oder „Verhinderung von Eskalation“ verkauft.

Walter *Leisner* hat schon im Jahr 1978 in seiner Monographie „Demokratie – Selbstzerstörung einer Staatsform?“ eine Demokratiekritik angemahnt, um die Chancen aufzuzeigen, die die Staatsform – noch – hat. Vor allem seine Mahnung, „eine Tabuisierung würde ihr Ende bedeuten“, wurde damals mit Unverständnis aufgenommen. Dabei wurde ignoriert, dass *Leisner* nach seinen Erfahrungen in Deutschland, Italien und Frankreich sich verpflichtet sah, darauf hinzuweisen, durch „welche inneren Widersprüche“ er die *parlamentarische* Demokratie, nicht die demokratische Idee selbst, bedroht sah.

Seine Mahnung verhallte. Nach dem Scheitern der ersten großen Koalition wurde von Willy *Brandt* in seiner ersten Regierungserklärung am 28. Oktober 1969 nicht etwa eine Kritik der parlamentarischen Demokratie und ihres Spannungsverhältnisses z. B. zum Sozialstaatsgebot oder zur politischen Bildung angekündigt, sondern ein Aufruf platziert, „mehr Demokratie zu wagen“. Daraus wurde von interessierten Kreisen innerhalb kürzester Zeit die absurde Forderung nach „*Demokratisierung aller Lebensverhältnisse*“ hergeleitet.

Wir haben uns jahrzehntelang mit Milliardenbeträgen um notleidende Regionen auf unserer Erde gekümmert, und den kritischen Blick auf den Zustand unseres Landes vernachlässigt.

Wir haben z. B. vergessen, dass die Nachkriegsregierungen aus den Trümmern der Städte Wohnungen für 14 Millionen Flüchtlinge schaffen mussten und geschaffen haben. Nach gemeinsamen Studien von Investoren, Vermietern, Mietern und deren Verbänden fehlen zurzeit rund 700.000 Wohnungen mit einem Finanzbedarf von ca. 50 Mrd. Euro. In einem Land von über 80 Millionen Einwohnern mit einem Gesamtbudget von Bund, Ländern und Gemeinden von rund 2.000 Milliarden Euro und einer immer noch hohen Investitionsbereitschaft Privater sollte dies ein lösbares Problem sein. Es funktioniert aber nicht.

Das „Wirtschaftswunder“, das wir vor allem wegen des Mutes und der Zuversicht der Kriegsgeneration erlebt haben und das zu jahrzehntelangem Wachstum, sozialer Sicherheit und Wohlstand geführt hat, hat uns dazu verleitet, an Wunder zu glauben. Und das war fatal. Denn

wir haben nicht bemerkt oder nicht akzeptieren wollen, dass sich die Grunddaten unseres Landes und ökonomische Welt um uns herum massiv verändert haben:

Unserem Land droht ein bedrohliches Ausmaß an Deindustrialisierung, wie das dem Vereinigten Königreich in den 80er Jahren einst widerfahren ist. Die Kosten für die Produktion sind aus vielen Gründen zu hoch, wegen der Preise für Energie, des Aufwands für Bürokratie, der Abhängigkeit von Lieferanten von Rohstoffen. Die Kapazitäten für die Fertigung werden in einigen Branchen beschränkt durch den fehlenden Nachwuchs an Fachkräften.

Wir haben, geblendet durch „Made in Germany“, die sich abzeichnende neue industrielle Revolution nicht sehen wollen: Weniger Kohle, weniger Stahl, weniger Öl und Gas, D3-Drucker anstelle von Werkzeugmaschinen, Elektromobilität statt Verbrennermotoren.

Unser falsches, historisch geprägte Bild von Chinas hat uns erwarten lassen, dass dieses Land mit seinen stolzen Bürgern auf unabsehbare Zeit nur die „Werkbank“ für unsere Endprodukte sein wird. Heute lernen deutsche Autobauer in China, wie man billige E-Autos baut.

Unsere ehemals beeindruckende Infrastruktur ist in allen Bereichen „in die Jahre gekommen“ und in vielen Bereichen der Aufmerksamkeit der zuständigen Stellen entglitten. Hunderte von Milliarden Euro sind in den neunziger Jahren vor allem in das Straßennetz investiert worden, aber vor allem in den neuen Ländern. Tausende von Autobahnbrücken müssen jetzt aber bundesweit saniert oder erneuert werden. Die deutsche Bahn gilt bei vielen Fachleuten und geplagten Passagieren wegen des maroden Schienennetzes und der daraus folgenden Verspätungen als Sanierungsfall.

Die demografische Entwicklung in unserem Land hat über Jahrzehnte hinweg vor allem für Aufmerksamkeit bei den Rentenexperten gesorgt, weil immer weniger Beitragszahler für immer mehr Rentenempfänger Beiträge entrichten müssen. Die Folgen für den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt wurden dagegen vernachlässigt, obwohl sie bereits in den 1970er Jahren absehbar waren: Ausbildungsstellen konnten nicht mehr besetzt werden und Fachkräfte fehlten.

Die Wehrhaftigkeit unseres Landes wurde seit der Wiedervereinigung im Irrglauben, der ewige Frieden sei ausgebrochen, planmäßig, bewusst und gewollt zurückgefahren: Die Wehrpflicht wurde ausgesetzt, die Truppenstärke reduziert, Kasernen geschlossen, die Einsatzfähigkeit von Waffensystemen nicht mehr sorgfältig überprüft. Der einst sehr gut ausgebaute zivile Bevölkerungsschutz wurde letztlich abgeschafft und – für den Fall des Falles – dem Technischen Hilfswerk aufgebürdet.

Nachdem sich endlich, jedenfalls bei militärischen Experten, die Einsicht bereitgemacht hatte, dass wir wieder einen Feind haben, haben die Sozialdemokraten als Koalitionspartner nachhaltig einen Kurswechsel verhindert – zum Nachteil der Bundeswehr und unserer Verteidigungsfähigkeit und im unerschütterlichen Glauben an das gute Verhältnis zur Russischen Föderation.

Die „Moskau-Connection“ in der SPD führte dabei immer wieder die jahrzehntelange Verlässlichkeit Russland bei der – gemessen an Weltmarktpreisen – kostengünstigen Lieferung von Gas und Öl eine entscheidende Rolle. Das weltweit kritisierte Projekt „Nordstream II“ war der Höhepunkt dieses energiepolitischen Irrweges.

Die damalige Bundeskanzlerin konnte oder wollte sich weder in der offensichtlich falschen Verteidigungspolitik noch in verfehlten Energiepolitik gegen den kleineren Koalitionspartner durchsetzen.

III.

Was ist zu tun?

In Deutschland liegt offen auf der Hand, was getan werden muss. In *Die Zeit*⁴ haben Julia Jäkel, Thomas De Maiziere, Peer Steinbrück und Andreas Voßkuhle den Änderungsbedarf in eine Ordnung gebracht.

Die frühere Bundeskanzlerin wurde nach der ersten Wahl von *Trump* zum Präsidenten der USA als die neue Führerin der westlichen Welt bezeichnet. Dies war sicher eine mediale Übertreibung, hatte aber einen wahren Kern. Denn in dieser Zeit war Deutschland in der westlichen Hemisphäre der Staat mit der stabilsten Demokratie. Wir sollten dies jetzt als einen Auftrag annehmen, trotz AfD.

Dabei muss uns im Klaren sein, dass wir Bürger die Schuld am Aufstieg der Populisten und Extremisten tragen und dies nicht allein den etablierten Parteien zuschieben dürfen. Wir tragen als Bürger und deren Wähler die Hauptverantwortung für diese Entwicklung⁵.

Denn wir haben die fast hellseherische Mahnung von Walter *Leisner* aus dem Jahr 1978 bis heute ignoriert: Wir überboten einander zwar, die Notwendigkeit des Kampfes für die Demokratie zu beschwören, gehen aber nicht der Frage auf den Grund, warum die Wertschätzung für diese Staatsform erodiert. Dies ist aber keine Abwendung von der Idee der Maßgeblichkeit des Volkswillens, sondern das sind wachsende Zweifel daran, ob das seit Jahrzehnten praktizierte parlamentarische System heute, in einer Zeit der sozialen Medien und der permanenten Verfügbarkeit von politischen Daten aller Art, noch in der Lage ist, den Volkswillen auch nur annähernd zutreffend zu erfassen und in politischen Prozess mit größtmöglicher Authentizität einzubringen.

Wenn wir zuverlässige Voraussetzungen dafür schaffen wollen, dass die offenkundigen Probleme in unserem Land rasch und nachhaltig gelöst werden, dann müssen wir vor allem alles tun, um die rechtsstaatliche Demokratie in unserem Land zu stärken. Wir müssen das Problem lösen, dass etwa 25% unserer wahlberechtigten Bevölkerung mit einer Partei sympathisieren, die eine andere Republik will und sich nicht an die verfassungsmäßige Ordnung des Grundgesetzes gebunden fühlt. Eine „Brandmauer“ gegen diese Partei oder gar ein Parteiverbot werden dieses Problem nicht lösen. Nur wir Bürger, die Wähler können das und müssen das.

Vielleicht sollten wir Walter *Leisner* spät, aber hoffentlich nicht zu spät in seiner Einsicht aus dem Jahr 1978 folgen: „*Auch die Opposition ist ... eine Trägerin eines bedeutsamen Vertrauens im Staate; wer es ständig zurückdrängt, aus der politischen Entscheidung völlig aussperrt, der verengt letztlich die Gesamtbasis des Bürgervertrauens*“ (a. a. O., S. 252).

⁴ Nr. 7 vom 13. 2. 2025, S.8.

⁵ Max *Schieritz*, Verlernen wir die Demokratie? in: *Die Zeit* Nr. 4 vom 23. 1. 2025, S. 7.

Wir brauchen eine Jedermannspflicht in unserer Verfassung, mit der die Wahrscheinlichkeit eines Notstandes i. S. von Art. 20 Abs. 4 GG, der ein Widerstandsrecht der Bürger auslöst, verringert und sein Eintritt abgewendet werden kann und viele Bürger das Gefühl der Ohnmacht im demokratischen Prozess abstreifen können. Sie könnte lauten:

„Jedermann ist verpflichtet, die verfassungsmäßige Ordnung zu achten, sie zu schützen und sich für ihren Bestand einzusetzen“ (Art. 20 Abs. 4 Satz 1 GG neu).

Wenn wir das Niveau unseres allgemeinen Wohlstandes und unserer sozialen Sicherung aufrecht erhalten wollen, brauchen wir vor allem wieder ein deutliches wirtschaftliches Wachstum. Dies werden wir nur erreichen, wenn wir endlich damit aufhören, unser Land und seine Wirtschaft permanent schlechter zu reden als sie sind.

Produkte „*Made in Germany*“ sind weltweit nach wie begehrt und genießen einen guten Ruf. Und die Ausgaben unserer Unternehmen für Forschung und Entwicklung steigen, wie die entsprechenden Budgets in den Haushalten von Bund und Ländern. Dies sind gute, zukunftsweisende Ausgaben, die z. B. durch den Anstieg von Marken- und Patentanmeldungen honoriert werden⁶.

Dies sind auch gute Voraussetzungen dafür, dass sich die Rahmenbedingungen für industrielle Produktion und attraktive Dienstleistungen in unserem Land grundlegend zu verbessern. Dies setzt aber auch voraus, dass wir den Mut finden, den in der Wirtschaft Tätigen mehr Mitverantwortung zuzutrauen und sie von nicht notwendigen Vorschriften zu entlasten.

Wir müssen die Produktionskosten wieder international wettbewerbsfähig machen. Das betrifft die Preise für Energie, die Höhe von Steuern, den Zugang zu Krediten und staatlicher Förderung für Startup-Unternehmen. Wenn uns das nicht gelingt, werden immer mehr Unternehmen unser Land verlassen und immer weniger Investoren Deutschland attraktiv finden.

Und wir müssen einen klugen Ausgleich finden zwischen Teilhabe unseres Landes an der inzwischen eingeschränkten Globalisierung und einem hinreichenden Ausmaß an Unabhängigkeit von der Lieferung von Rohstoffen, Halbfertigprodukten oder ganzen Produktparten, wie z. B. Medikamenten, Chips oder Solarelementen.

Die Organe der Europäischen Union haben erkannt, dass die größte Herausforderung für den Fortbestand und den Erfolg dieser Gemeinschaft in den kommenden Jahren der Kampf für eine rechtsstaatliche Demokratie mit Grundrechten in allen Mitgliedstaaten und auf der Ebene der EU sein wird. Deshalb hat die Europäische Kommission einen „Aktionsplan für Demokratie“ beschlossen und das Europäische Parlament einen Sonderausschuss für ein Schutzschild für die Demokratie eingerichtet.

In der Arbeit dieser Gremien sollte m. E. auch die Frage erörtert werden, ob es nicht sinnvoll wäre, in den Vertrag über die Europäische Union eine Pflicht der Unionsbürger aufzunehmen, *„die demokratische Ordnung zu achten, sie zu schützen und sich für ihren Bestand einzusetzen“* (Art. 10 Abs. 4 neu...).

⁶ Jens Tönnemann, „*Wir sind doch noch wer*“, in: Die Zeit Nr. 12 vom 20. 3. 2025, S. 23.

Die Versuche dritter Staaten, diese Gemeinschaft mit nicht seriösen Versprechen an die einzelnen Mitgliedstaaten zu spalten, werden immer mehr und immer dreister. Die EU muss sich dagegen wehren, auch gegenüber Mitgliedstaaten, die zuweilen den Verdacht erwecken, gegen diese Versuche nicht immun zu sein. Die Instrumente dafür halten die Verträge bereit.

Die Idee der Europäischen Integration ist eine der größten Erfolgsstories der Geschichte Europas. Wir dürfen uns von diesem richtigen Weg weder durch Drohungen noch durch Versuchungen abbringen lassen. Vertiefung und Erweiterungen müssen mit Augenmaß und Vernunft weitergeführt werden.

Aber auf diesem Weg müssen wir uns den veränderten Rahmenbedingungen stellen: Wir müssen Abhängigkeiten vermeiden, eigene Stärken weiter entwickeln und nutzen. Dies gilt vor allem für die Beziehungen mit Drittstaaten, auch für die USA.

„Der Kontinent scheint militärisch hilflos ohne die USA. Aber das stimmt nicht.“ Hauke Friedrichs und Max Hägler weisen überzeugend nach, dass es in der EU viele Unternehmen gibt, die uns mit ihrer Technologie von den USA unabhängiger machen können und werden⁷

Und wir müssen dringend handlungsfähiger werden. Deshalb ist es Zeit für Mehrheitsentscheidungen auch in der Außen- und Sicherheitspolitik.

Was die **globale Lage** betrifft, zögere ich das erste Mal in meinem Leben, das oft von der Bewältigung als unlösbar erscheinenden Problemen belastet war und in dem beruflich Rat und Tat in solchen Situationen erwartet worden sind, mit einer Antwort.

Sicher ist, dass diese Lage nicht durch das Drehen an einigen Schrauben bewältigt werden kann, weil unzählige Akteure dafür verantwortlich sind, die gutem Rat nicht zugänglich sind.

Es verbietet sich, manchen Propheten zuzustimmen, die eine grundlegende Änderung einer solchen Situation nur durch eine globale Katastrophe, welcher Art auch immer, erwarten. Denn wir leben in einer Zeit, in der es nicht mehr sicher ist, ob die Menschheit in einer solchen Lage zu gemeinsamem Handeln bereit wären oder das Heil in privatem Handeln suche würde.

Aber Jonathan White⁸ hat Recht: *„Die Kraft der Zukunft liegt in der Tatsache, dass die Gegenwart nicht von Dauer ist“*. Die Akteure ändern sich, die Verhältnisse ändern sich, auch wenn dies derzeit nicht wahrscheinlich erscheinen mag.

Wir dürfen uns durch die Unordnung in der gegenwärtigen Weltordnung nicht in Resignation, Angst, Fatalismus oder untätige Beobachtung flüchten. Christopher Clark hat beschrieben, wohin dieses „Schlafwandeln“ in der Weltpolitik führen kann (The Sleep Walkers, 2013).

Alle, die Einfluss auf die Weltpolitik ausüben können, und dazu gehören auch Deutschland und die EU, sollten sich dabei nicht beirren lassen, weiterhin für die Werte einzusetzen, auf die sich die Gründer der Vereinten Nationen 1945 verständigt haben – auch wenn die Abwertung und Relativierung dieser Werte dies nicht leicht macht.

⁷ Die Zeit vom 27. 2. 2015, S 17.

⁸ Die Zeit Nr. 35 vom 15. 8. 2024, S. 4.

Und wir brauchen dazu dringender denn die Abschreckungs- und Verteidigungskraft der NATO. Aber wenn die Nato „*Frieden und Sicherheit*“ in ihrem Vertragsgebiet wirklich erhalten will, muss sie sich Optionen offen halten, einen militärischen *Angriff* auf Mitgliedstaaten und den Tatbestand der Beistandspflicht aus Artikel 5 NATO-Vertrag zu meiden. Das Bündnis sollte sich deshalb schon bei der *Bedrohung* von Mitgliedstaaten zu geeigneten präventiven Maßnahmen bekennen, die einen Eintritt dieser Lage verhindern können. Es ist an der Zeit zu prüfen, ob diese Lage nicht bereits eingetreten ist.

IV.

We shall overcome...!

Der Song der Bürgerrechtsbewegung in den USA in 50er und 60er Jahren ist zu einem Welthit geworden und in vielen Konflikten zwischen dem Staat und seinen Bürgern und zwischen Teilen der Gesellschaft überall auf dieser Erde das Synonym für Hoffnung, Mut und Zuversicht und Optimismus und eine Absage an die Angst in uns:

„*We shall overcome...!*“ Dieser Aufschrei, diese mutige Ankündigung, hat, wie diese Jahre zeigen, das Problem der Bürgerrechte in den USA nicht endgültig gelöst, aber sichtbar und zur ständigen Mahnung gemacht.

„*We shall overcome...!*“ Das sollte auch die mutige, optimistische Hymne aller Demokraten werden, die sich im täglichen Kampf gegen die Desavouierung und die Vernichtung der Idee der rechtsstaatlichen Demokratie wehren.

Das werden wir aber nur schaffen, wenn es uns gelingt, „*die merkwürdige Untergangsangst, die sich über das Land gelegt hat und von interessierter Seite geschürt wird*“, zu überwinden. „*Negativität wird fortwährend getriggert... Aber aus Angst erwächst keine gute Politik*“⁹.

Wir werden diese unheilvolle Phase der Verhöhnung der Wahrheit, der Verachtung der Wissenschaft, der Relativierung der Menschenrechte, der Missachtung der Souveränität der Nationen und der vertrauensvollen internationalen Zusammenarbeit überwinden.

Dies würde manchen Autokraten sicher nicht gefallen, auch im Ursprungsland dieser machtvollen Ankündigung der Bürgerrechtsbewegung. Und das wäre gut. Es würde beweisen, dass wir damit auf dem richtigen Weg zu unserem gemeinsamen Ziel sind. Denn im Kampf für die Demokratie und gegen die Autokraten geht es letztlich auch um die Würde und die Rechte der Bürger.

Brüssel, im Januar 2026

Kurt Schelter

⁹ Elisabeth von Thadden, in: Die Zeit Nr. 42 vom 5. 10. 2023.